

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 27

Heike Hänsel

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau
im Unterausschuss Vereinte Nationen

Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 24.10.2008

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Krise der Finanzwirtschaft und milliardenschwere Rettungspakete auf der einen Seite, **fast eine Milliarde Hungernde** weltweit auf der anderen – das waren die bestimmenden Nachrichten der letzten Wochen. Wir dokumentieren hierzu ab S. 3:

- Presseerklärung von Heike Hänsel und Hüseyin Aydin (15.10.2008): Ernährungssouveränität in Entwicklungsländern muss Priorität haben
- Rede von Hüseyin Aydin (16.10.2008): Agrarwende zugunsten der Armen statt Innovationen zugunsten der Konzerne

Der Bundestag hat trotz breiter Ablehnung durch die Bevölkerung und gegen die Stimmen der Linken die **Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes** der Bundeswehr beschlossen. Wir dokumentieren ab S. 6:

- Dokumentation (7.10.2008): Dem Frieden eine Chance – Petition gegen die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan
- Presseerklärung von Heike Hänsel (22.9.2008): Regierung trifft ehemaligen afghanischen Warlord

Die Bundesregierung zieht sich langsam aus der **Förderung des Ilisu-Staudammbaus** zurück. DIE LINKE fordert dies seit langem. Wir dokumentieren ab S. 8:

- Presseerklärung von Hüseyin Aydin (8.10.2008): Erste Schritte der Bundesregierung zum Rückzug aus dem Ilisu-Projekt
- Protokoll (7.10.2008): Gespräch mit einer Delegation aus Hasankeyf zum Stand der Proteste gegen den Bau des Staudamms

Über **kohärente Entwicklungszusammenarbeit** wurde in den vergangenen Wochen nicht nur auf der Konferenz von Accra, sondern auch in der deutschen Entwicklungsszene gestritten. Wir dokumentieren ab S. 14:

- Dokumentation (2.9.2008): Entwicklung braucht Gerechtigkeit – Antwort von Heike Hänsel und Hüseyin Aydin auf den „Bonner Aufruf“
- Presseerklärung von Heike Hänsel und Hüseyin Aydin (4.9.2008): Accra-Konferenz verfehlt ihr Ziel
- Rede von Hüseyin Aydin (17.9.2008): Entwicklungszusammenarbeit muss sich an Armutsminderung messen lassen

In **Lateinamerika** hatten sich die Auseinandersetzungen zwischen den fortschrittlichen Kräften und den alten Eliten an vielen Orten zugespitzt. DIE LINKE hat dazu – anders als andere Fraktionen – Stellung bezogen. Wir dokumentieren ab S. 19:

- Veranstaltungsbericht (22.9.2008): Chance auf Frieden in Kolumbien? – Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE und der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Offener Brief von Heike Hänsel an Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul (12.9.2008): Gewalt in Bolivien eskaliert – Bundesregierung muss endlich reagieren
- Veranstaltungshinweis (5.11.2008): Silvia Lazarte, die Präsidentin der Verfassungsgebenden Versammlung Boliviens, zu Besuch bei der Fraktion DIE LINKE

Im Bundestag wurde am 19. September die Verlängerung der deutschen Beteiligung an den Missionen der UNO und Afrikanischen Union (AU), UNMIS und UNAMID im **Sudan** abgestimmt. Wir dokumentieren ab S. 22:

- Rede von Hüseyin Aydin (19.9.2008): UNAMID ist gescheitert
- Dokumentation (15.8.2008): Bericht von Hüseyin Aydin und Paul Schäfer über ihre Reise in den Sudan

Ernährungssouveränität in Entwicklungsländern muss höchste Priorität haben

„Am diesjährigen Welternährungstag ist der Wahnsinn des Weltwirtschaftssystems so sichtbar wie selten: Fast eine Milliarde Menschen im Süden hungern, während die Regierungen im Norden Hunderte von Milliarden Euro zur Rettung der trudelnden Finanzwirtschaft bereitstellen“, erklärt die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Heike Hänsel, anlässlich des Welternährungstags am 16. Oktober. Hüseyin Aydin, Obmann der Fraktion im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, fügt an: „Die aktuellen Rettungspläne für die Finanzwirtschaft zeigen, dass bei entsprechendem Willen beträchtliche Summen mobilisiert werden können, um regulierend in den Weltmarkt einzugreifen. Eine ebenso groß angelegte und international konzertierte Aktion braucht es, um die Ernährungssouveränität in Entwicklungsländern herzustellen.“

Aydin erklärt weiter: „DIE LINKE fordert in den laufenden Haushaltsberatungen eine deutlich verstärkte Unterstützung für die ländliche Entwicklung im Süden. Gut koordinierte Maßnahmen zur Nothilfe müssen jetzt einhergehen mit einem mittelfristig angelegten Strategiewechsel, der dem Auf- und Ausbau der Landwirtschaft speziell in Südasien und Subsahara-Afrika höchste Priorität einräumt. Die Regierungen der Entwicklungsländer müssen verstärkt in den kleinbäuerlichen Sektor investieren und dabei durch die Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden. Gleichzeitig ist die Schaffung von sozialen Sicherungssystemen erforderlich, um den Teufelskreis von Armut und Hunger zu brechen. Gewerkschaften und Organisationen von Produzenten, die die Interessen der Landbevölkerung wirksam vertreten, benötigen Unterstützung.“

Hänsel fordert darüber hinaus: „Wir brauchen einen grundlegenden Systemwechsel in der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik, denn die Finanzmärkte sind verantwortlich für die fehlenden Entwicklungschancen im Süden, für Umweltzerstörung und die steigende Zahl der Hungernden. DIE LINKE fordert als erste Schritte: gerechte Handelsstrukturen statt neoliberalen Freihandel, Regulierung der Finanzmärkte, Verbot von Hedge-Fonds und der Spekulation mit Grundnahrungsmitteln sowie die Einführung einer Börsenumsatzsteuer.“

Agrarwende zugunsten der Armen statt Innovationen zugunsten der Konzerne!

Die FDP will mit Biotechnologie den Hunger in den Ländern des Südens bekämpfen. Hüseyin Aydin begründet im Bundestag, warum die Fraktion DIE LINKE dies für einen gefährlichen Irrweg hält (Rede zu Protokoll):

Meine Damen und Herren,

der uns vorliegende Antrag der FDP schlägt vor, mit Biotechnologie den Hunger der Welt zu bekämpfen. Armut soll durch die Züchtung neuer Pflanzen gemindert werden. Durch höheren Mineralien- und Ölgehalt soll Unterernährung bekämpft werden. Neue Züchtungen – so meint die FDP – retten die Welt.

Nun – auch Ihnen ist inzwischen hoffentlich einiges klarer geworden. Das einzige, was ich Ihnen zugute halten kann an diesem Antrag, ist, dass er veraltet ist. Auch Sie von der FDP dürften inzwischen begriffen haben, dass wir zur Beseitigung des Hungers in der Welt ganz anderer Lösungen bedürfen. Ich helfe Ihnen auf die Sprünge. Lassen Sie uns gemeinsam die einzelnen Punkte noch einmal durchgehen:

1) Die Ursachen des Hungers

Laut Schätzungen der Weltbank ist die Anzahl der Hungernden zwischen 2005 und 2007 von 848 auf 967 Millionen angestiegen. Die Ursachen dafür wurden hier bereits vielfältig besprochen. Es ist mittlerweile unbestritten (außer anscheinend von Ihnen), dass es mehr als genug Nahrung für alle auf der Welt gibt. Laut der UN-Ernährungsorganisation FAO reicht die vorhandene Nahrungsmittelproduktion zur Ernährung von 12 Milliarden Menschen aus.

Die Ernährungskrise hat strukturelle Ursachen, die auf politische Fehlentscheidungen, verfehlte Agrar-, Handels- und Finanzpolitik zurückzuführen sind. Die Liberalisierungspolitik und die Marktöffnung für Agrarprodukte haben dafür gesorgt, dass lokale Märkte im Süden zerstört wurden. Die Exportsubventionen haben zu Dumpingpreisen von EU-Produkten geführt. Der kleinbäuerliche Sektor wurde über Jahrzehnte vernachlässigt. Subsistenzlandwirtschaft wurde belächelt, vor allem von Ihnen.

2) Die Risiken des Anbaus von genmanipulierten Pflanzen

Die potentiellen Gefahren des Anbaus von genmanipulierten Pflanzen im Freiland sind noch ungeklärt und mannigfaltig. Die Pflanzen können sich unkontrolliert in nahe Verwandte auskreuzen, die Debatte über transgenen Mais oder Raps hat das Problem aufgezeigt. Eine ungewollte Ausbreitung von gentechnischen Veränderungen ist folglich nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich. Wenn Resistenzen gegen Pflanzenschutzmittel gefährden Ökosysteme und kann letztendlich zu mehr Pestizidverbrauch führen. Bei der Wechselwirkung von veränderten Pflanzen mit bestäubenden Insekten und bei Anreicherungen von Fremdstoffen wurden ebenfalls negative Auswirkungen auf das Bodenleben beobachtet. Unumstritten ist der Zusammenhang von Agro-Gentechnik und der Verminderung der Artenvielfalt.

Biodiversität ist ein bedrohtes öffentliches Gut und muss erhalten werden, wenn wir unsere Umwelt lebenswert für die Zukunft bewahren wollen.

3) Biotechnologie als Instrument im Kampf gegen Hunger

Vor den Auswirkungen gentechnisch veränderten Saatguts vor allem in Entwicklungsländern wird von Expertinnen und Experten eindringlich gewarnt. Selbst die GTZ bezweifelt die Wirksamkeit gentechnischer veränderter Organismen gegen den Hunger in Entwicklungsländern. Wie Prof. Rauch in seinem Statement zur Anhörung, die gestern stattfinden sollte, sagt: „Gentechnik impliziert die Abhängigkeit von gut funktionierenden Agrardienstleistungen. In ländlichen Regionen mit schwachen Institutionen ist eine – für Bauern lebensentscheidende – rechtzeitige alljährliche Versorgung mit Saatgut nur schwer zu gewährleisten.“

Kleinbetriebe begeben sich durch die aggressive Patentierungspolitik der Saatgutkonzerne und die Lizenzgebühren in eine Schuldenfalle, aus der sie nicht mehr herauskommen. Das manipulierte Saatgut ist teuer und darf nur unter Zahlung einer Gebühr nachgebaut werden. Damit entfällt ein uraltes Recht und ein selbstbestimmter Freiraum der Bäuerinnen und Bauern. Zurzeit werden 80 Prozent des Getreides in den Entwicklungsländern aus Samen der letzten Ernte angebaut. Auf der anderen Seite kontrollieren 10 Konzerne gegenwärtig 85 Prozent des Marktes an gentechnisch veränderten Nutzpflanzen. Und sie verdienen gut. Zum einen an den Patenten und Lizenzgebühren und zum anderen an den jeweils speziell benötigten Pflanzenschutzmitteln, ohne die das System nicht funktioniert. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern können hier nur verlieren.

Von Biotechnologien in der Landwirtschaft profitieren nur großflächige Landwirtschaftsbetriebe und die Agrar-Konzerne. Die Gefahren für Mensch und Umwelt sind absolut ungeklärt und extrem risikobehaftet. Die Ernährungssouveränität aller Länder kann mittels Agrarreformen zugunsten armer und kleinbäuerlicher Betriebe und Förderung von ökologisch nachhaltiger Landwirtschaft gesichert werden. Verbesserter Zugang zu Land, Landreformen und bessere Bewässerungssysteme können die Ernten um 50 Prozent wachsen lassen. Die Sicherung lokaler Märkte muss klar Vorrang vor Exportlandwirtschaft haben. Das bezieht sich sowohl auf Exporte von Lebensmitteln, Futter oder Agroenergie.

Wir halten eine dauerhafte und anhaltende Lösung der Nahrungsmittelkrise als eines der wichtigsten aktuellen Themen. Dieser Antrag der FDP-Fraktion wird jedoch nicht im Mindesten zu einer Lösung beitragen, weswegen wir ihn aus voller Überzeugung ablehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

"Dem Frieden eine Chance"

Die 22.000 Unterschriften stehen für Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes durch die Mehrheit der Deutschen Bevölkerung. Der Bundesregierung ist das egal.

Bericht: Paul Grasse/Foto: Claudia Haydt

In einer öffentlichen Aktion vor dem Bundestag übergab die Friedensbewegung am 7. Oktober gemeinsam mit Vertretern und Bundestagsmitgliedern der LINKEN 22.000 Unterschriften der für den sofortigen Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan. Bei den vielen vor dem Reichstag Wartenden stieß die Aktion auf große Sympathie. Eine japanische Touristin solidarisierte sich spontan und half, das Transparent "Dem Frieden eine Chance. Truppen raus aus Afghanistan" zu halten. Auch der auf Einladung von Heike Hänsel aus ihrem Wahlkreis Tübingen angereiste Ernst-Bloch-Chor sorgte mit seinem Gesang über die Wüste, den Reichtum und "immer wieder mal Krieg" für Aufmerksamkeit. Für die Bundestagsverwaltung war die kleine Kundgebung ein Sicherheitsproblem. Die Polizei war sofort vor Ort und begann, Personalien von Teilnehmern aufzunehmen und mit rechtlichen Konsequenzen zu drohen.



Anlass der Aktion war die Plenardebatte über die Verlängerung und Ausweitung des ISAF-Mandats. Wäre es nach dem Willen der Bundesregierung gegangen, hätte es überhaupt keine Debatte gegeben, denn diese wurde erst auf Antrag der Opposition einberufen. Mehr denn je wurde in dieser Debatte deutlich, dass es in dem Krieg keineswegs um das Wohl der Afghanen geht, sondern um nationale Interessen der Besatzer.

Darüber will die Bundesregierung jede Diskussion vermeiden, indem das Mandat erstmalig um 14 Monate verlängert: Damit fällt die nächste Verlängerung nicht in den Bundestagswahlkampf. Ohnehin ignoriert die Regierung, dass eine konstante Mehrheit in der Bevölkerung den Kriegseinsatz nach wie vor grundsätzlich ablehnt. Mit ihrem "Angebot", im Austausch für die Mandatsverlängerung die KSK-Soldaten aus der OEF abzuziehen, betreibt die Regierung zusätzliche Volksverdummung, meint die und Abrüstungsexpertin der Linksfraktion Inge Höger: "Dieses vermeintliche Entgegenkommen ist eine Luftnummer: Bei OEF sind ohnehin seit drei Jahren keine KSK'ler mehr im Einsatz, aber in der ISAF-Mission schon lange."

Afghanistan ist inzwischen auch zum Testfall für die gesamte NATO geworden: Peter Strunz vom Deutschen Friedensratschlag hält Afghanistan nur noch für ein "Exerzierfeld, auf dem die NATO sich zu bewähren hat". Eine Niederlage in Afghanistan eingestehen zu müssen, würde der NATO auf lange Zeit die Handlungsfähigkeit entziehen. Auch in Hinblick auf den 60. Geburtstag des Militärpaktes 2009 dürfte die LINKE ein Scheitern sehr begrüßen.

Presseerklärung, 22.9.2008

Regierung trifft ehemaligen afghanischen Warlord

"Mit ihrer Einladung an den ehemaligen Warlord Hadj Mohammad Mohaqeq nach Berlin zeigt die Bundesregierung einmal mehr, dass sie in Afghanistan auf die falschen Konzepte, die falschen Instrumente und die falschen Leute setzt", erklärt Heike Hänsel. Die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE kündigt an, ihre Fraktion werde ein Unterstützungsnetzwerk für demokratische Kräfte in Afghanistan aufbauen:

"DIE LINKE will ein Unterstützungsnetzwerk für demokratische Kräfte in Afghanistan aufbauen helfen, um jenen mutigen Frauen und Männern eine Stimme zu geben, die in Afghanistan, mit friedlichen Mitteln und oft unter Einsatz ihres Lebens, für eine demokratischen Entwicklung, gegen die Besatzung, gegen die Warlord-Strukturen und gegen den islamischen Fundamentalismus kämpfen. Diese Kräfte sind hier leider teilweise völlig unbekannt aber gerade sie brauchen unsere Solidarität, so wie die Frauenrechtlerin Zoya, die in der letzten Woche Gast unserer Fraktion war und an der Demonstration gegen den Afghanistan-Krieg teilnahm.

Von der Bundesregierung haben die demokratischen Kräfte in Afghanistan bisher leider keine Unterstützung bekommen. Stattdessen lädt ausgerechnet das Bundesentwicklungsministerium an diesem Mittwoch zu einem Mittagessen mit einem ehemaligen Warlord aus der Zeit des afghanischen Bürgerkriegs von 1992 bis 1996. Hadj Mohammad Mohaqeq war in den 90er Jahren Bürgerkriegskommandant. Ihm werden zahlreiche Übergriffe auf die Zivilbevölkerung und die besonders grausame Behandlung von Gefangenen vorgeworfen. Mohaqeq ist auch ein Beispiel dafür, wie Warlords aus dieser Zeit zu Partnern der Besatzung und der Regierung Karzai wurden.

Diesen Mann bezeichnet das BMZ in seiner Einladung an die Mitglieder des Entwicklungsausschusses als strategisch wichtigen Gesprächspartner. Selbstverständlich werde ich an diesem Mittagessen nicht teilnehmen. Ich fordere die Bundesregierung auf, ihre Strategie in Afghanistan grundlegend zu verändern. Warlords und mutmaßliche Kriegsverbrecher können keine Partner für eine friedliche und demokratische Entwicklung in Afghanistan sein. Stattdessen müssen demokratische, säkulare Organisationen und Personen stärker politisch unterstützt werden."

Erste Schritte der Bundesregierung zum Rückzug aus dem Ilisu-Projekt

„Die Bundesregierung muss sofort die Hermesbürgschaft für den Bau des Ilisu-Staudamms zurückziehen. Ihre Entscheidung, eine „förmliche Umweltstörungsanzeige“ an die Türkei und das Lieferkonsortium zu senden ist ein erster Schritt in die richtige Richtung“, so Hüseyin Aydin anlässlich der Gespräche mit einer Delegation aus dem Gebiet, in dem der Ilisu-Staudamm gebaut werden soll, an dem der Bürgermeister von Hasankeyf, Abdolvahap Kusen, und Vertreter der Ilisu-Kampagne aus der Türkei, Österreich und Deutschland beteiligt waren. Der Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für die Fraktion DIE LINKE erklärt weiter:

„Ich hoffe sehr, dass die Bundesregierung diesmal die richtige Entscheidung trifft – und nach Einhaltung der Frist von 60 Tagen die Lieferverträge kündigt. Das wäre ein Sieg für die Menschen aus Hasankeyf und den anliegenden Dörfern. Hasankeyf, eine der ältesten Städte der Welt, droht in den Fluten des Ilisu-Staudamms unterzugehen, die Bevölkerung der 113 Dörfer droht zu verarmen. Der Staudamm hat die Vertreibung von 50.000 Menschen, die Zerstörung eines Weltkulturerbes sowie der Umwelt zur Folge.

Alternative Energieprojekte wurden nie in Erwägung gezogen. Dieses Projekt ist nicht sozial, nicht ökologisch und nicht rechtens. Aber die Situation kann sich ja bald ändern. Das Gespräch mit der Delegation aus dem Gebiet des Ilisu-Staudamms hat noch einmal bestätigt: Die Bundesregierung darf dieses Projekt nicht unterstützen und muss endlich Konsequenzen aus dem Verhalten der Türkei ziehen. Gelegenheit hierzu hat sie bei der Abstimmung eines entsprechenden Antrages der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag in den kommenden Wochen.“

Protokoll, 7.10.2008

Ilisu-Staudamm: Gespräch mit Delegation aus Hasankeyf und der Ilisu-Kampagne

7. Oktober 2008, Jakob-Kaiser-Haus E 740, 11 bis 13 Uhr.

Teilnehmer: Abdolvahap Kusen (Bürgermeister Hasankeyf), Mehmet Emin Turan (Bewohner Hasankeyf), Abdullah Tarhan (Bewohner Hasankeyf), Erkut Erturk (Leiter der Ilisu-Kampagne des türkischen Naturschutzvereins Doga Derneği), Ulrich Eichelmann (eca-watch und Ilisu-Kampagne Österreich), Heike Drillisch (Ilisu-Kampagne Deutschland), Hüseyin-Kenan Aydin (MdB, Die Linke), Kim Weidenberg (Mitarbeiterin MdB Aydin), Vivian Krohn (Praktikantin MdB Aydin), Ruben Eberlein (Mitarbeiter MdB Aydin, Protokollant), Heiko Langner (Mitarbeiter MdB Hakki Keskin), Feza Inan (Mitarbeiterin MdB Hakki Keskin), Lütfiye Adiyaman (Mitarbeiterin MdB Hakki Keskin), N.N.

Hüseyin-Kenan Aydin:

Ich heiße alle willkommen und begrüße im Besonderen den Bürgermeister und die Bewohner von Hasankeyf. Herzlich willkommen auch an die Vertreter der Kampagnen zu Ilisu aus Deutschland, Heike Drillisch, und aus Österreich, Ulrich Eichelmann, die ihren Beitrag zu den Initiativen der Linken im Bundestag geleistet haben.

Zunächst möchte ich skizzieren, warum wir uns mit Ilisu beschäftigen. Es geht uns darum, Großprojekte wie dieses auf ihre Wirkung in Bezug auf die Umwelt, die Natur, Ressourcen und ihre Konfliktpotentiale zu überprüfen. Wir haben dabei festgestellt – erstens: Der Umsiedlungsplan entspricht nicht den international festgelegten Kriterien, zweitens: Hasankeyf als Weltkulturerbe wird der Menschheit gestohlen, drittens: Hasankeyf als Stadt wird überflutet und viertens: Der Tigris versorgt nicht nur die Türkei, sondern auch den Irak und Syrien. Das internationale Wasserabkommen ist von der Türkei nicht unterzeichnet worden, es gibt also keine Vereinbarung mit dem Irak und Syrien. Das bedeutet, dass die Türkei in zwanzig Jahren oder später Wasser als Waffe gegen diese Länder einsetzen kann. Somit besteht die Möglichkeit eines Wasserkrieges.

Die Linke hat im Parlament mehrere Initiativen zu dieser Problematik gestartet. Wir haben zum Beispiel zwei Anträge gestellt, der zweite wird am 4. 12. 2008 zur Abstimmung stehen. Wir haben in den Ausschüssen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, für Wirtschaft und Auswärtiges festgestellt: Deutschland trägt mit den Hermesbürgschaften Verantwortung für den Bau des Staudammprojektes. Das Problem dabei ist, dass der Strabag-Auftrag andere Investitionsmöglichkeiten in Millionenhöhe nach sich zieht, und da werden andere Kriterien als nebensächlich angesehen.

Die Bundesregierung steht unter Druck. Sie hat im April drei Personen zur Überprüfung der Kriterien in die Türkei geschickt. Das Ergebnis war, dass die Türkei die Auflagen nicht erfüllen werden wird. So bereitet das Projekt auch der Regierungskoalition Bauchschmerzen. Während der Abstimmungen zu Ilisu verließen einige SPD-Abgeordnete den Saal, um nicht mit abstimmen zu müssen.

Ich würde gern etwas über die aktuelle Situation in Hasankeyf erfahren, Herr Bürgermeister. Von den Bewohnern würde ich gern wissen, wie die Behörden mit der Bevölkerung umgehen. Mich interessiert ebenso die Einschätzung von Weed und der Kampagne aus Österreich. Was zum Beispiel passiert, wenn die Chinesen den Bau übernehmen – wie wird die Kampagne darauf reagieren?

[Es folgen einige Erläuterungen auf türkisch zu der Partei Die Linke.]

Abdulvahap Kusen:

Vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, aus erster Hand Informationen zu Ilisu zu geben. Ich merke, dass Sie bereits gut informiert sind und möchte das ausdrücklich anerkennen.

Ich habe den gesamten Prozess der Diskussion um Ilisu mitverfolgt. Seit zehn Jahren bin ich Bürgermeister von Hasankeyf. Im Jahre 2000 war ich im Kontakt mit einem deutschen Ministerium. Damals war eine britische Firma federführend im Konsortium zum Bau von Ilisu, dann zog sich Großbritannien zurück. Deutschland sagte damals: Wir sind nur geringfügig beteiligt. Wenn sich Großbritannien zurückzieht, werden wir das auch tun. Mich verwundert, wenn ich an diese Position aus dem Jahre 2000 denke, die heutige Sicht der deutschen Regierung. Es ist auch unglaublich, von einer Rache der Chinesen zu sprechen. Die Rolle Deutschlands ist nicht nachvollziehbar.

Seit das vorherige Konsortium zerplatzt ist, sind zehn Jahre vergangen. Lassen wir das jetzige Konsortium auch zerplatzen, dann können auch die Chinesen kommen.

Neben dem Staudamm ist auch ein Wasserkraftwerk geplant, das 3,8 Millionen KWh produzieren soll. Der Schaden durch das Wasserkraftwerk für die Landschaft wäre erheblich. Wenn dieses Projekt verwirklicht wird, wird Hasankeyf komplett unter Wasser gesetzt. Der Ort, an dem sich die Menschheit zum ersten Mal niedergelassen hat, wäre ebenso verloren wie 12.000 Jahre Geschichte. Es ist unverantwortlich, Hasankeyf unter Wasser zu setzen. Das ist ein historisch wertvoller Ort, der auch mit Geldern aus Deutschland zerstört werden soll. Wir sind entschieden gegen dieses Projekt.



Neben der historischen und kulturellen Seite gibt es auch die soziale Ebene, Fragen zu Umwelt und Gesundheit sowie die rechtliche Ebene. Wenn das Projekt realisiert wird, werden 25 Dörfer vollständig zerstört, 100 weitere teilweise, 60 bis 80.000 Menschen müssen umgesiedelt werden, sie migrieren unfreiwillig.

Ein neuer Ort, an dem Hasankeyf angesiedelt werden soll, wurde bereits benannt. Doch bei der Entscheidung wurde ich als Bürgermeister nicht einmal gefragt. Damit wird klar, dass das Volk nicht

hinter diesem Projekt steht. Wie erfolgreich kann unter diesen Umständen das Projekt werden?

Uns wurde eine Frist von vier Monaten gesetzt, uns für die neue Siedlung zu entscheiden. Wenn wir uns nicht äußern, gelten wir als illegale Siedlung und haben keinen Anspruch auf staatliche Umsiedlung. Es ist eine Komödie, diese willkürliche Umsiedlung. Es ist zum Beispiel nicht möglich, sich seinen Nachbarn auszusuchen, es wird ausgelost, wer neben wem wohnt. Ein weiterer negativer Punkt ist, dass die neue Ansiedlung direkt gegenüber dem alten Hasankeyf ist. So werden wir jeden Tag ansehen müssen, dass unsere Ortschaft unter Wasser liegt.

Die ökonomische Situation der Region ist nicht gut, sondern sehr schwach. Die Landwirtschaft ist die Haupteinnahmequelle – und die wird der Bevölkerung dadurch genommen, dass man das Gebiet unter Wasser setzt. Der Kulturtourismus, von dem auch viele Bewohner leben, wird ihnen genommen. Das Bauprojekt schafft hingegen keine neuen Arbeitsmöglichkeiten.

Die Bewohner von Hasankeyf werden gezwungen, einen Vertrag zu unterzeichnen, der die Bereitstellung von 73 Millionen Türkische Lira vorsieht. Die Bevölkerung wird gezwungen, neue Häuser zu kaufen. Der Wert ihrer alten Häuser wird abgezogen, und den Rest müssen sie als Kredit in Anspruch nehmen. Innerhalb von 5 Jahren muss der Kredit zurückgezahlt werden. Die meisten Bewohner können sich das aber nicht leisten.

Deshalb werden sie zur Migration gezwungen. Die Regierung preist dieses Projekt, aber die Bevölkerung lehnt es ab.

Dann ist da noch die rechtliche Ebene. Nach türkischem Recht ist Hasankeyf ein Baudenkmal ersten Grades, es steht unter Denkmalschutz. Der rechtliche Prozess läuft. Immer wieder werden Pseudo-Lösungen angeboten, wie man die Denkmäler an andere Orte transportieren kann. Zum Beispiel hat man zur Burg in Hasankeyf vorgeschlagen, dass sie stehengelassen, aber das Tor an einen anderen Ort versetzt wird. Doch welchen Wert hat ein Tor ohne Burg? Die berühmte Steinbrücke über den Tigris soll in die Berge versetzt werden. Das ist einfach komödienhaft. Experten sagen: Hasankeyf ist nicht transportabel.

Was bedeutet es schließlich für die Natur, wenn der Tigris aufgestaut wird? Wir leben in einem Gebiet, das sich im Sommer auf bis zu 55 Grad Celsius aufheizt. Wenn das Projekt realisiert wird, werden wir schwüleres Wetter haben mit den entsprechenden negativen Folgen für die Gesundheit der Menschen. Das Ilisu-Projekt wird mit deutscher Unterstützung umgesetzt. Es bringt geringfügige wirtschaftliche Vorteile, aber einen enormen zivilisatorischen Verlust.

Abdullah Tarhan:

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse. 1981 stufte der türkische Staat Hasankeyf als archäologischen Wert ersten Grades ein; die Bewohner wurden bestraft, wenn sie mit Schaufeln unterwegs angetroffen wurden. Heute ist es umso unmöglicher zu verstehen, warum der türkische Staat mich und meine Werte und Kultur überfluten will. Ist das nicht ein Widerspruch?

Das Projekt wurde in den 1950-er Jahren erdacht. In den vergangenen 58 Jahren gab es keine wesentlichen inhaltlichen Veränderungen. Wir leben in einer erdbebengefährdeten Region, hunderte heiße Quellen befinden sich dort – das Projekt ist eine Gefahr für das gesamte Gebiet. 113 Dörfer sind von Migration betroffen. Was sollen die Menschen tun – sollen sie alle nach Istanbul emigrieren? Mein Aufruf ist, dass das Geld, das Deutschland für die Kreditversicherung zur Verfügung stellt, in die Restaurierung von Hasankeyf investiert wird.

Mehmet Emin Turan:

Ich danke Hüseyin Aydın für die Möglichkeit, hier zu sprechen. Wir sprechen hier von einer Region, in der auf 1000 Quadratmetern mehrere Wasserquellen vorhanden sind. Die Region ist bedeutend für die Menschheitsgeschichte. Vor 12.000 Jahren siedelten hier die Vorfahren der Deutschen, Franzosen, Italienern usw. Deshalb haben auch andere Länder einen Bezug zu dieser Region. Wenn das Ziel des Staudamms die Energiegewinnung sein soll, warum sind dann Alternativvorschläge nicht angenommen worden? Ein anderes Projekt hätte keine Beeinflussung des Tigris und keine Gefährdung von Hasankeyf bedeutet – das wurde jedoch abgelehnt. Ich frage mich, warum auf diesem Projekt beharrt wird.

Wir leben in einer heißen Region. Solarenergie könnte die ganze Region, den Irak und Syrien mit Strom versorgen. Ich gebe auch zu bedenken: Was wäre die Reaktion in Deutschland auf die Überflutung eines ähnlich wertvollen Ortes hier? Die Steinbrücke in Hasankeyf, die älteste der Welt, symbolisiert den historischen Wert des Ortes. Wenn

Hasankeyf restauriert würde, dann würde man einen Gewinn erzielen, der so hoch wäre wie der des Staudammprojektes.

Wir leben in einer Region, in der die Geschichte mit der Natur Hand in Hand geht. Hasankeyf schmückt die Region, von der wir sprechen. 80 Prozent der Bewohner Hasankeyfs sind gegen den Staudamm. Die Umsiedlung bedeutet eine immense finanzielle Belastung, viele würden sich verschulden.

Erkut Erturk:

Ich bedanke mich für die Einladung und die Möglichkeit, detailliert über die Probleme zu sprechen. Unsere Kampagne in der Türkei betonte die Umwelt-Folgen des Projektes, die immens sind. Ein Detail: Es existiert keine Untersuchung zur Umweltverträglichkeit. Nur 5 Prozent des Projektes wurden in den 50-er Jahren geprüft. Das Ilisu-Staudammprojekt berührt 600 andere kleinere Staudamm-Projekte, für die auch keine Umweltverträglichkeitsprüfungen existieren.

Die Türkei bewirbt sich eifrig um die Aufnahme in die EU. Die EU fordert allerdings Umweltstandards, die die Türkei erfüllen soll. Hier ist in Bezug auf Deutschland eine Doppelmoral festzustellen: Einerseits fordert es die Einhaltung der Umweltstandards, andererseits unterstützt es ein Projekt, das für die Umwelt immense negative Folgen haben wird.

Unser Ziel ist es, die Kampagne auf alle Regionen der Türkei auszuweiten. Wir haben vor Ort in Hasankeyf eine Informationsstelle eingerichtet. Türkische Prominenz wie Intellektuelle und Schauspieler unterstützen uns; sie sind dabei, im kommenden Januar zusammenzukommen.

Unsere Kampagne hat ein Hauptziel: Ilisu soll abgesagt werden. Das Ufergebiet des Tigris soll in das Weltkulturerbe der Unesco aufgenommen werden. Wichtig, um dieses Ziel zu erreichen, ist es, dass sich Deutschland zurückzieht. Die internationalen Standards werden nicht erfüllt. Der zweite Expertenbericht bestätigt das. Das reicht als Grund, dass sich Deutschland zurückzieht. Die Kampagne könnte sich sonst auch ganz klar gegen Deutschland richten. Auch Hasankeyf sollte in das Weltkulturerbe der Unesco aufgenommen werden.

Ulrich Eichelmann:

Warum besucht die Delegation gerade jetzt Deutschland? Eine Entscheidung über die weitere Unterstützung des Projekts steht unmittelbar bevor. Vielleicht fällt heute oder morgen die Entscheidung in den Ministerien bzw. der interministeriellen Arbeitsgruppe aus vier Ministerien. Es steht Spitz auf Knopf. Wir rechnen mit einer Environmental Failure Note. Faktisch ist wohl die Entscheidung schon gefallen, die Frage ist nur, wann sie bekanntgegeben wird. Morgen sind wir zu Gast im Wirtschaftsministerium und im Auswärtigen Amt. Wir wollen Druck aufbauen, damit das Projekt weiter im Spotlight bleibt. Die entscheidende Frage ist, ob der Ärger mit der Öffentlichkeit mehr wert ist als der Ärger mit der Türkei im Falle einer Absage der Unterstützung.

Was kann jetzt aktuell von hier aus getan werden? Mein Vorschlag ist es, Kontakt mit anderen Parlamentariern aufzunehmen und sie über den Stand des Projektes zu informieren.

Heike Drillisch:

Das Projekt zeigt den ganzen Mechanismus der Kreditgarantie-Gesellschaften. Rund 150 Auflagen sind erteilt worden, bei denen die Türkei Verbesserungen vornehmen muss. Doch es ist keine Bereitschaft dazu zu erkennen. Angezeigt ist eine Reform der Exportkredit-Agenturen. Die Bankenszene in Österreich steht unter Druck, besonders die Bank Austria, ihr droht ein Reputationsverlust. Die deutsche DEKA hat es abgelehnt, sich mit der Delegation zu treffen. Es ist wichtig, die Kampagne weiterzuführen.

Hüseyin-Kenan Aydin:

Ich war Ende Juli diesen Jahres auf einem Besuch in Anatolien, im Munzur-Tal und Dersim. Auch dort sind Staudamm-Projekte geplant. Ich sprach in meinem Grußwort auf dem dortigen Festival auch den Ilisu-Staudamm an und sagte, die Chancen stehen nicht schlecht, ihn zu verhindern. Meine Hoffnung ist es, dass auch die acht Staudamm-Projekte zu Fall gebracht werden, die im Munzur-Tal geplant sind. Auch in Deutschland regt sich ein zartes Flämmchen des Widerstandes gegen die Munzur-Staudämme. Die Dersim-Gemeinden führen zu dieser Problematik Veranstaltungen durch.

Meine Hoffnung ist, dass die Staudamm-Projekte unter einem Kampagnendach vereinigt werden können; das ist bisher nicht gelungen. Umso mehr freut mich der Erfolg der Ilisu-Kampagne. Ein gemeinsames Dach wäre gut. Es geht nicht nur um einen Genozid am Kulturerbe oder die Dersim-Gegend. Es geht auch um das Geld der türkischen Bevölkerung. Mehr als 40 Milliarden US-Dollar sind für Staudämme in der Türkei eingeplant. Über 30 Jahre gerechnet, werden Kosten in Höhe von 300 Milliarden US-Dollar verursacht. Mit der Hälfte dieses Geldes könnte man alternative Energien, zum Beispiel Windkraft, fördern und erhielte das 2- bis 3-fache dessen, was verbraucht würde. Das wäre kostengünstiger und umweltfreundlicher. Doch es geht vor allem darum, den großen internationalen Konzernen den Hals vollzustoßen.

Ich werde heute alle Abgeordneten im Ausschuss anschreiben und auf die interministerielle Arbeitsgruppe hinweisen. Sie sollen ihren Einfluss geltend machen. Morgen werden wir eine Pressemitteilung veröffentlichen.

Mehmet Emin Turan:

Ich möchte mich auch ganz herzlich für die Übersetzung bedanken. In der Vergangenheit erlebten wir es oft, dass die Übersetzer der Firmen uns falsch zitierten.

Wir sind nicht gegen die Entwicklung in der Region. Wir sind uns nur dessen bewusst, dass es eine falsche Entwicklung ist. Ich danke all jenen, die historische Werte zu schätzen wissen.

Abdulvahap Kusen:

Ich danke noch einmal für die Einladung. Wir sind uns dessen bewusst, dass letztendlich die deutsche Regierung entscheiden wird. Doch es bereitet Freude zu wissen, dass es Freunde von Hasankeyf auch im Bundestag gibt. [Hüseyin Aydin weist auch auf den Antrag und das Engagement der Fraktion der Grünen hin.] Ich hoffe, dass zukünftige Initiativen uns unterstützen werden.

Entwicklung braucht Gerechtigkeit!

„Bonner Erklärung“ löst die Probleme der Entwicklungszusammenarbeit nicht!

„Entstaatlichung kann kein Ziel der Entwicklungszusammenarbeit sein“, so Heike Hänsel und Hüseyin Aydin in ihrer Reaktion auf die „Bonner Erklärung für eine andere Entwicklungspolitik“, die am Montag anlässlich der heute beginnenden Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Accra/Ghana von 40 Persönlichkeiten, darunter Cap-Anamur-Chef Rupert Neudeck sowie Bundestagsabgeordnete von Union und FDP, vorgestellt wurde:

„Eine grundlegende Neuorientierung der Entwicklungszusammenarbeit fordert auch DIE LINKE. Der Weg, den die „Bonner Erklärung“ einschlägt, führt aber unserer Meinung nach in die falsche Richtung. Es stimmt, dass mehr Geld allein nicht die Probleme des Südens lösen wird, die Autoren erwähnen aber mit keinem Wort, die bestehenden ungerechten Handelsstrukturen, die noch größere Abhängigkeiten schaffen. Die Annahme der Bonner Erklärung, die Entwicklung Afrikas sei daran gescheitert, dass der Westen zuviel Verantwortung für die Entwicklung übernommen habe, sehen wir nur teilweise. Neben dem paternalistischen Charakter der Entwicklungszusammenarbeit war und ist der Westen in seinem Umgang mit den afrikanischen und anderen Ländern des Südens vor allem um seinen eigenen Vorteil besorgt – ein Vielfaches dessen, was als Hilfe von Nord nach Süd fließt, kommt auf umgekehrtem Weg zurück: über Zinstilgungen, Kapitalflucht, ungerechte Handelsbeziehungen, die den Süden strukturell benachteiligen. Seit Jahrhunderten wird Umverteilung zugunsten des Nordens organisiert. Daran ist die Entwicklung im Süden gescheitert. Daraus folgt für uns:

Erstens: Der Süden hat Anspruch auf finanzielle Unterstützung, aber ohne Paternalismus. Sondern auf solche Hilfe, die die Empfänger selbst verwalten und nach ihren Bedürfnissen und gemäß ihren eigenen Entwicklungsstrategien einsetzen können. Keine „Hilfe“, die im Rahmen standardisierter Konzepte aus dem Norden abgewickelt wird, die an politisches Wohlergehen gebunden ist, von der ein Großteil in Beratergehälter fließt, oder die, ohne das Geberland zu verlassen, direkt an dessen Institutionen und Konzerne geleitet wird, und schon gar keine Hilfe, die militärstrategischen Erwägungen der Geberländer untergeordnet ist.

Zweitens: Entwicklungszusammenarbeit soll die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und die öffentliche Daseinsvorsorge in den Ländern des Südens stärken und nicht zu Parallelstrukturen und Entstaatlichung führen, worauf die Forderungen der „Bonner Erklärung“ hinauslaufen würden. Deshalb befürwortet DIE LINKE grundsätzlich die Budgethilfe, sofern sie nicht an neoliberale wirtschafts- und strukturpolitische Konditionen gebunden ist. Gleichzeitig teilen wir aber auch den Ansatz, zivilgesellschaftliche Initiativen, dort, wo sie vorhanden sind, zu unterstützen. Dies ist für uns kein Widerspruch, staatliche und gesellschaftliche Entwicklung können sich ergänzen.

Drittens: Entwicklungshilfe – egal, ob in Projekten gebunden oder als Budgethilfe – wird solange keine Wirkung erzielen, solange wir nicht die globalen ökonomischen Beziehungen ändern, die die Entwicklung der Länder des Südens aufhalten. Die Gestaltung des globalen Handels gehört in erster Linie dazu – DIE LINKE fordert die Abschaffung der EU-Exportsubventionen und eine Neuverhandlung der sog. EPAs und anderer Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.“

Accra-Konferenz verfehlt ihr Ziel

„Die Accra-Konferenz hat keinen Beitrag zur Lösung der drängenden Probleme in den Ländern des Südens geleistet“, bilanziert Hüseyin Aydin, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Entwicklungsausschuss, die heute zu Ende gehende Internationale Konferenz zur Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in Accra (Ghana). Heike Hänsel, die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion, kritisiert die Abschlusserklärung der Konferenz: „Die entscheidenden Fragen nach den strukturellen Entwicklungshemmnissen werden ausgespart.“

Aydin weiter: „Die Abschlusserklärung von Accra, deren Vorabfassung bereits vorliegt, ist in jeder Hinsicht unzureichend. DIE LINKE kritisiert, dass die Erklärung vor allem Aufforderungen an die Empfängerstaaten stellt: Sie sollen ihre Verwaltungen reformieren, umfassende Entwicklungspläne ausarbeiten, mehr Transparenz der Mittelverwendung herstellen und größere Anstrengungen zur Erfolgsauswertung unternehmen. Die meisten Länder des Südens sind aber heute schon überfordert, die bürokratischen Anforderungen von Geberstaaten und -Institutionen zu erfüllen. Ohne einen massiven Ausbau staatlicher Strukturen werden sie diese Aufgaben nicht leisten können. Woher die Ressourcen dafür kommen sollen, bleibt unklar, denn die Selbstverpflichtungen der Geber sind wenig konkret und wenig verbindlich. Zudem ignoriert die Erklärung von Accra, dass die strengen Auflagen der multilateralen Geber, die rigide Einsparungen bei der öffentlichen Hand der Empfängerregierungen einfordern, dadurch deren politische Gestaltungsspielräume einschränken.“

„Die Erklärung von Accra ist Ausdruck des mangelnden politischen Willens der Regierungsvertreter, notwendige Konsequenzen aus den drängenden Entwicklungsproblemen zu ziehen“, ergänzt Heike Hänsel. „Vor allem vermeidet die Erklärung, die Probleme der EZ in den politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang der neoliberalen Globalisierung zu stellen und das Machtgefälle zwischen Gebern und Empfängern anzusprechen. Es ist bezeichnend, dass ‚Wirksamkeit‘ nur unter betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien diskutiert wurde. EZ ‚wirksamer‘ zu gestalten, müsste stattdessen heißen, die ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen und Handelsbedingungen zu beseitigen. Die von westlichen Staaten und Organisationen diktierten Handelsbedingungen, WTO-Regeln, Abkommen wie TRIPS, GATS oder die von der EU forcierten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) haben verheerende Folgen für die Länder des Südens und führen jede, von örtlichen Regierungen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren unternommene Bemühung für nachhaltige und tragfähige Entwicklung ad absurdum.“

"Entwicklungszusammenarbeit muss sich an Armutsminderung messen lassen"

Die Ernährungskrise hat ihre strukturellen Ursachen in politischen Fehleinschätzungen und einer verfehlten Agrar- und Handelspolitik. Die EZ sollte die Kleinbauern in Entwicklungsländern fördern, um Ernährungssouveränität herzustellen, führte Hüseyin Aydin in seiner Rede vor dem Bundestag aus.

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute über den Etat des Entwicklungshilfeministeriums für das Jahr 2009. Er soll um 12 Prozent steigen. Das haben wir mit Freude zur Kenntnis genommen.

Herr Vaatz, die viel gelobte Frau Merkel hat in Heiligendamm die Verpflichtung, die ODA-Quote bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent und bis zum Jahr 2015 auf 0,7 Prozent zu erhöhen, feierlich bekräftigt. Aufgrund der in den letzten beiden Jahren und derzeit geltenden 0,37 Prozent – dies gilt im Jahre 2009 ebenfalls – wird allerdings im Jahr 2010 festgestellt werden, dass diese Bundesregierung einen Wortbruch begangen hat, weil die vorgesehenen 0,51 Prozent mit der jetzt geplanten Steigerung des Etats nicht zu erreichen sein werden. Dementsprechend empfehle ich Ihnen, mehr Anstrengungen zu unternehmen, damit die zugesagten Quoten erreicht werden, um glaubwürdig gegenüber den Entwicklungsländern zu sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem ist es so – das habe ich von diesem Pult aus schon mehrfach kritisiert –, dass auf die ODA-Quote die Schuldenerlasse, Studienplatzkosten für Studierende und sogar die Kosten für die Abschiebung unerwünschter Asylbewerber angerechnet werden. Ich halte das für einen Skandal. Dies sollte die Bundesregierung dringend korrigieren. Zumindest die Kosten für abgeschobene Asylbewerber sollten nicht in die ODA-Quote eingerechnet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Entwicklungszusammenarbeit muss sich daran messen lassen, ob sie tatsächlich eine Armutsminderung erreicht. Die bisherigen Mittel und Instrumente bewirken leider das Gegenteil. Das hat uns die Hungerkatastrophe in diesem Jahr ganz deutlich gezeigt. Zu Beginn dieses Jahres haben sich die Preise für lebensnotwendige Grundnahrungsmittel wie Reis und Getreide in nur drei Monaten verdoppelt, verdreifacht und vervierfacht. Was waren die Folgen? Ein direkter Anstieg der Zahl der Hungernden auf mehr als 900 Millionen Menschen, Hungerrevolten, Fluchtwellen und Angst vor einer ungewissen Zukunft. Es ist mittlerweile unbestritten, dass es mehr als genug Nahrung für alle auf der Welt gibt. Laut der UN-Ernährungsorganisation FAO reicht die vorhandene Nahrungsmittelproduktion für die Ernährung von 12 Milliarden Menschen aus, wenn man 2 700 Kilokalorien pro Tag zugrunde legt. Das sind fast doppelt so viele Menschen, wie derzeit auf dieser Welt überhaupt leben.

Warum waren alle von dieser Krise so überrascht? Es gab Ernteauffälle und leere Getreidespeicher; davor haben viele Wissenschaftler schon längst gewarnt. Auch die steigenden Energiepreise haben einiges dazu beigetragen. Die strukturellen Ursachen der

Ernährungskrise waren jedoch schon lange bekannt. Sie sind auf politische Fehleinschätzungen und eine verfehlte Agrar- und Handelspolitik zurückzuführen. Die Liberalisierungspolitik und die Marktöffnung für Agrarprodukte haben dafür gesorgt, dass lokale Märkte im Süden zerstört wurden. Die Exportsubventionen haben zu Dumpingpreisen von EU-Produkten geführt.

Staaten wie Haiti, Burkina Faso, Ägypten oder auch Mexiko sind nun von Nahrungsmittelimporten abhängig. Ein Beispiel: Der Milchkonzern Campina hat in den letzten fünf Jahren allein in Deutschland Agrarbeihefen in Höhe von 12,7 Millionen Euro geschenkt bekommen. Zugleich wurden seit den 80er-Jahren in Westafrika unter dem Druck von WTO, IWF und Weltbank, aber auch der Regierungen der reichen Länder die Zölle auf Milchprodukte fast völlig auf null gesetzt. Folge: 2005 kostete in Burkina Faso 1 Liter Milch auf Basis subventionierten europäischen Milchpulvers 30 Cent, die Frischmilch der heimischen Viehhirten 45 Cent. Jetzt raten Sie einmal, was passiert: Pulvermilch erobert die Märkte; die Produktion von Frischmilch und damit die heimische Marktentwicklung werden mit diesen Politiken ganz klar zerstört. Das führt nicht zu einer besseren Entwicklung und trägt auch nicht zur Ernährungssouveränität dieser Länder bei. Ein anderes Beispiel: Haiti hat den Import von Reis zwischen 1992 und 2003 um mehr als 150 Prozent gesteigert. 95 Prozent der Importe kommen aus den USA. Auch das ist subventionierter Reis. Seit Mitte der 80er-Jahre ist dadurch die Nahrungsmittelproduktion in Haiti pro Kopf um ein Drittel geschrumpft. Das sind die Ursachen des Hungers.

Ein weiterer Faktor, der sträflich vernachlässigt wurde, ist der Agrarsektor. Frau Ministerin, es hat mich sehr gefreut, dass Sie darauf eingegangen sind. Im Ausschuss haben wir des Öfteren darüber debattiert. Die Förderung der Landwirtschaft im globalen Süden wurde während der letzten 20 Jahre komplett vernachlässigt. Das ist umso erstaunlicher, als der Kampf gegen Hunger und Armut das erste und wichtigste der sogenannten Millenniumsziele ist. Doch zwischen dem seither wiederholt bekräftigten Anspruch und der Wirklichkeit klafft eine große Lücke. Der Anteil der Landwirtschaftsförderung an der Entwicklungshilfe der Industrieländer ist von 17 Prozent im Jahre 1980 auf 3,7 Prozent im Jahr 2007 gesunken. Das sind die Tatsachen. Die Agrartreibstoffe haben die Preise für Nahrungsmittel in die Höhe getrieben. Das ist unbestritten. Deutschland hat mit seiner Quotenpolitik massiv dazu beigetragen, die Anbauflächen für Palmöl, Mais und Soja auszudehnen. Das ist keine kohärente Entwicklungspolitik.

Ich möchte auf ein weiteres Gebiet der Zusammenarbeit verweisen, das die Regierung in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt hat: die Sicherstellung einer obligatorischen, gebührenfreien und qualitativ guten Grundschulbildung. Frau Ministerin, es freut mich, dass Sie gerade auch auf diesen Punkt eingegangen sind. Die Zahl der Kinder, die zur Schule gehen, ist in den letzten Jahren zwar gestiegen, sie sagt aber nichts über die Qualität der Schulbildung aus. Die Tatsache, dass nur 20 bis 30 Prozent dieser Kinder einen Schulabschluss erwerben, hat mit der Ausstattung mit Lehrmaterialien und Lehrkräften zu tun. Es bedarf größerer Anstrengungen. Hierzu haben wir einen Antrag in den Bundestag eingebracht, über den wir in den nächsten Wochen beraten. Er wird, wie ich hoffe, dank Ihrer Zustimmung beschlossen, damit wir vorankommen.

Es gäbe viel zum entwicklungspolitischen Haushalt zu sagen, den wir in den nächsten Wochen im Ausschuss beraten werden, ich will aber nur noch einen weiteren Punkt kurz ansprechen: Entwicklungspolitik soll Prävention sein. Wenn Entwicklungspolitik Prävention sein und einen längerfristigen, nachhaltigen Frieden sicherstellen soll, dann muss

manchen Projekten von Entwicklungspolitikern eine Absage erteilt werden. Vor allem der CDU/CSU-Fraktion rufe ich zu: Mit dem Bau des Ilisu-Staudamms in der Türkei,

(Beifall bei der LINKEN)

der mit Hermesbürgschaften der Bundesregierung sichergestellt wird, verstößt man nicht nur gegen soziale Standards und gegen die Menschenrechte der Menschen am Tigris; der Staudamm in der Türkei wird auch dazu führen, dass das Wasser für die Iraki und die Syrer im Jahr 2020 oder 2030 möglicherweise so knapp sein wird, dass aufgrund dessen ein Flächenkrieg in der Region entsteht. Dafür werden Sie mit zur Verantwortung gezogen. Das tue ich hiermit. Ich hoffe, das macht Sie nachdenklich. Ich hoffe, dass die CDU/CSU bei ihrem Wirtschaftsminister interveniert, damit die Hermesbürgschaft endlich entzogen wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieses Projekt in der Türkei, das Menschenrechte verletzt, Sozialstandards ad absurdum führt und die Ursache eines möglichen Krieges darstellt, muss endlich beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Abg. Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich kann keine Zwischenfrage mehr zulassen, da der Kollege seine Redezeit bereits weit überschritten hat.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Ich habe gedacht, das sei nur gefühlt! – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Das ist ja wohl der Hammer!)

Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE):

Wir werden im Rahmen der Haushaltsberatungen im Ausschuss noch detaillierter über die Entwicklungszusammenarbeit miteinander sprechen. Ich hoffe, dass die Bundesregierung mit neuen nachhaltigen und kohärenten Konzepten endlich viel mehr tut, um die Entwicklung in den armen Ländern so zu stabilisieren, dass Armut vermieden wird und Fluchtursachen ganz bekämpft werden. Danke schön.

Chancen auf Frieden in Kolumbien? Erfolgreiches Treffen zur Solidaritätsbekundung mit Kolumbien in Berlin

Bericht: Carlos Ceballos, PDA Alemania

Am Montag, 22. September, um 19.00 Uhr kamen mehr als 100 Leute ins Haus der Demokratie, um an der Veranstaltung „Chancen auf Frieden in Kolumbien?“ teilzunehmen. Als ReferentInnen waren die Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE, Heike Hänsel, und der Menschenrechtsanwalt und Generalsekretär der Asociación Colombiana de Juristas Demócratas (Kolumbianische Vereinigung der demokratischen Juristen), Miguel Gonzalez, anwesend. Moderator der Veranstaltung war Harald Neuber, Journalist bei der Zeitung „Junge Welt“.



Ursprünglich war die Einladung an den Journalisten Carlos Lozano Guillen ergangen, den Direktor der Zeitschrift „Voz“. Im Moment befindet sich Lozano jedoch in einem gerichtlichen Prozess, aufgrund von angeblichen „Indizien“, die im Computer des jüngst verstorbenen Guerilla-Kommandanten Raul Reyes gefunden worden sein sollen. Aus diesem Grund konnte Lozano nicht, wie

ursprünglich von ihm gewünscht, an den verschiedenen Aktivitäten in Berlin, die in Zusammenhang mit der politischen Situation in Kolumbien stehen, teilnehmen.

Mit der Veranstaltung im Haus der Demokratie wurde ein Zeichen der Solidarität mit den Journalisten und Abgeordneten der Partei Polo Democratico gesetzt. Die Partei wird von der Regierung des Präsidenten Uribe Velez fälschlicherweise beschuldigt, das Sprachrohr der aufständischen Gruppierungen Kolumbiens zu sein.

Die Abgeordnete der Partei DIE LINKE sowie der Rechtsanwalt der Juristenvereinigung betonten die Notwendigkeit, weiterhin Wege zu suchen, um den humanitären Austausch zwischen der kolumbianischen Regierung und den Aufständischen zu realisieren. Das Ziel ist eine politische, ausgehandelte Lösung für den sozialen und bewaffneten Konflikt, der sich seit Jahrzehnten im Land abspielt.

Die Referenten riefen dazu auf, die Kriminalisierung der internationalen Solidarität mit den kolumbianischen sozialen Organisationen zurückzuweisen, und verwiesen auf die schwierige Lage der sozialen Organisationen in Kolumbien, die mit der systematischen Verletzung ihrer Menschen- und Grundrechte konfrontiert sind.

Am Schluss der Veranstaltung formulierten die TeilnehmerInnen verschiedene Fragen in Bezug auf den Paramilitarismus, die Verbindungen dieser Gruppen zur Regierung und zu hohen Stellen in den kolumbianischen Streitkräften, wie auch zur aktuellen Tendenz der Entstehung eines mafiösen Staates in Kolumbien.

Mehr Informationen über den Besuch von Miguel Gonzalez unter www.pda-alemania.org

Presseerklärung und Offener Brief, 12.9.2008

Gewalt in Bolivien eskaliert – Bundesregierung muss reagieren

„Die Gewalt durch oppositionelle Gruppen in Ost- und Nordbolivien eskaliert, gestern kamen dabei acht Menschen ums Leben. Rechte Gruppen in Bolivien griffen auch zum wiederholten Male Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit an. Da muss die Bundesregierung endlich reagieren“, so die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Heike Hänsel. Hänsel weiter:

„Trotz des eindeutigen Votums für die Politik des linken Präsidenten Evo Morales, der am 10. August mit 67 Prozent in seinem Amt bestätigt wurde, hält die Opposition der Großgrundbesitzer und konservativen Gouverneure an ihrem konfrontativen Kurs fest und ermutigt damit rechte Schlägertrupps. Oppositionelle, sezessionistische Gruppen stürmen Regierungseinrichtungen, beschädigen Gas-Pipelines und machen regelrecht Jagd auf soziale Aktivistinnen und Aktivisten. Acht Menschen starben gestern.

Hinweise verdichten sich, dass die Sezessionisten mindestens auf das Wohlwollen – wenn nicht die aktive Unterstützung – der US-Regierung setzen können.

Das Büro der Menschenrechtsorganisation CEJIS, Projektpartnerin des Deutschen Entwicklungsdienstes, in Santa Cruz wurde jetzt bereits zum zweiten Mal angegriffen und angezündet. Ich erwarte, dass die Bundesregierung diese Gewalt endlich eindeutig verurteilt, eine demokratisch gewählte Regierung unterstützt und sich klar gegen sämtliche Abspaltungsbewegungen stellt. Das habe ich auch in einem offenen Brief an Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul zum Ausdruck gebracht.“

Offener Brief von Heike Hänsel an Heidemarie Wieczorek-Zeul: Zuspitzung der gewalttätigen Provokationen in Ostbolivien und Überfall auf das Büro von CEJIS in Santa Cruz

Sehr geehrte Frau Ministerin,

Sie haben sicher Kenntnis davon, dass im Osten Boliviens die gewalttätigen Provokationen der rechten Opposition zunehmen – ungeachtet des überzeugenden Votums für die Politik des linken Präsidenten Evo Morales, der am 10. August mit 67 Prozent in seinem Amt bestätigt wurde. Rechte Schlägertrupps, die den sezessionistischen Kurs der Präfekten dort unterstützen, tyrannisieren in Santa Cruz Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, greifen Regierungseinrichtungen an und sabotieren wichtige Versorgungswege. Gestern wurden acht Menschen in der Provinz Pando getötet.

Im selben Zusammenhang wurde vor drei Tagen das Büro der Menschenrechtsorganisation CEJIS (Centro de Estudios Jurídicos e Investigación Social) zum wiederholten Male angegriffen. Es wurde zerstört und wird seither von einer Gruppe aus dem Umfeld des sogenannten Zivilkomitees von Santa Cruz besetzt.

Bei CEJIS handelt es sich um einen Projektpartner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Vor Ort arbeitet der Deutsche Entwicklungsdienst mit CEJIS zusammen, wie Sie wissen. Das sollte der Bundesregierung Anlass genug sein, endlich eine klare Haltung im Konflikt zwischen der demokratisch legitimierten Regierung und den sezeptionistischen Kräften im Osten des Landes zu beziehen.

Ich bitte Sie daher, im Namen der Bundesregierung, den Partnerinnen und Partnern der deutschen EZ und alle anderen Gruppen, die jetzt in Ostbolivien bedroht werden, Ihre volle Unterstützung zuzusichern und die Gewalt, die von den sezeptionistischen Kräften ausgeht, endlich eindeutig zu verurteilen.

Mit freundlichen Grüßen, Heike Hänsel, MdB

Veranstaltung, 5.11.2008

Silvia Lazarte: Neue Verfassung für eine neue Gesellschaft - Boliviens Verfassungsprozess

**Fachgespräch der Bundestagsfraktion DIE LINKE
Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Raum 5501
Eingang Paul-Löbe-Haus - Westeingang**

5. November 2008, 17 bis 19 Uhr

mit den Abg. Heike Hänsel, Sevim Dagdelen, Wolfgang Gehrcke, Monika Knoche und Kornelia Möller

Silvia Lazarte, Präsidentin der Verfassungsgebenden Versammlung Boliviens, spricht über die aktuelle Situation in ihrem Land: die Mobilisierung der indigenen Bevölkerung und der sozialen Organisationen für die neue Verfassung, den Widerstand der alten Eliten gegen die Neuverteilung von politischer und wirtschaftlicher Teilhabe und die aktuelle Einigung über den Fortlauf des Verfassungsprozesses.

Die Lebensgeschichte und politische Laufbahn von Silvia Lazarte stehen symbolisch für den sozialen und demokratischen Aufbruch in Bolivien und in ganz Lateinamerika. Sie war eine führende Aktivistin der Koka-Bauern-Verbände Boliviens. Als Präsidentin der Verfassungsgebenden Versammlung ist sie die erste indigene Frau in einem solch hohen Amt. An der Seite des linken Präsidenten Evo Morales muss sie in vorderster Linie die Auseinandersetzung mit den alten Eliten um den neuen Weg Boliviens ausfechten. Die nun getroffene Einigung auf das Verfassungsreferendum am 25. Januar ist dabei ein wichtiger Schritt vorwärts, aber sicher noch nicht das Ende der Auseinandersetzung.

Anmeldung unter Angabe von Name, Geburtsdatum und Kontakt, per Email oder Telefon, bitte an Heike Hänsel, MdB, heike.haensel.ma01@bundestag.de, Fon 030 227 73179

„UNAMID ist gescheitert“

Rede von Hüseyin Aydin in der Bundestagsdebatte zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Der Krieg in Darfur ist mit der Sommeroffensive der Regierung in eine neue, verschärfte Runde gegangen. Luftangriffe, Kämpfe und gezielte Gewalt aller bewaffneten Gruppen gegen die Zivilbevölkerung haben eine neue humanitäre Katastrophe heraufbeschworen.

Die Gründe für die neue Eskalation sind vielfältig. Die Regionalisierung des Konflikts, die fortschreitende Zersplitterung der Konfliktparteien und die mangelnde Gesprächsbereitschaft der Akteure sind die wichtigsten internen Gründe. Externen Friedensbemühungen fehlten tragfähige Konzepte, politischer Wille und Geschlossenheit. Vor diesem Hintergrund ist die schlecht ausgestattete Hybridmission von AU und UNO, UNAMID, fast zwangsläufig zwischen die Fronten geraten. Auch im Süden eskalierten im Mai Gefechte zwischen der Regierungsarmee und der SPLM, die sich an der umstrittenen Grenzziehung in der ölreichen Abyei-Region entzündeten. Die vorerst entschärfte Krise hat uns die Instabilität des im Jahre 2005 initiierten Friedensprozesses zwischen Nord und Süd klar vor Augen geführt.

Die Lage im Sudan ist der Bundesregierung bekannt. Doch die heute zur Abstimmung vorliegenden Anträge zu UNAMID und UNMIS zeigen, dass sie falsche Schlussfolgerungen gezogen hat. Die Linke wird keinem der Anträge zustimmen; denn beide stehen für ein militärisches „Weiter so“. Die veränderten politischen Bedingungen wurden darin nicht ausreichend reflektiert.

In Bezug auf UNMIS vermissen wir ein angepasstes Konzept zur Unterstützung des Friedensprozesses, der in seine entscheidende und kritische Phase tritt. Unsere Ablehnung des UNAMID-Antrags ist grundlegender. Hier fehlt jeder Hinweis darauf, wie sich die Mission in eine politische Konfliktbearbeitungsstrategie einfügen soll. Damit ist die entscheidende Voraussetzung nicht erfüllt. Denn durch Militäreinsätze, auch durch solche mit UNO-Mandat, werden Konflikte nicht gelöst.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

UNAMID trägt nicht zur Lösung des Darfur-Konflikts bei. Daran wird auch eine Aufstockung der Mission nichts ändern. Denn ihre entscheidenden Probleme sind die fehlende politische Grundlage und die mangelnde Akzeptanz durch die Konfliktparteien.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Das Darfur-Friedensabkommen von 2006, das von wichtigen Rebellengruppen nie unterzeichnet wurde, ist politisch tot, und die seither eingeleiteten Vermittlungsprozesse sind gescheitert. Die Blockadeversuche des Baschir-Regimes und die zunehmenden Angriffe von Rebellengruppen und Milizen belegen, dass UNAMID vor Ort als Kriegspartei wahrgenommen wird. Daher ist eine Fortsetzung des Einsatzes aus unserer Sicht kontraproduktiv.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Der Linken und der Friedensbewegung wird wegen der Ablehnung von Kriegseinsätzen oft Verantwortungslosigkeit vorgeworfen. Ich sage Ihnen aber: Verantwortung zu übernehmen heißt, die nötigen Konsequenzen aus dem gescheiterten militärischen Engagement zu ziehen. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon unterstrich in seinem letzten Missionsbericht, dass UNAMID kein Ersatz für einen politischen Prozess sein darf.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Initiative zu ergreifen und den politischen Prozess wiederzubeleben. Zu unseren Forderungen gehören:

- Waffenstillstands- und Friedensgespräche auf der nationalen, der regionalen und der lokalen Konfliktebene, in denen auch zivilgesellschaftliche Kräfte Gehör finden; hier gibt es bereits Bewegung.
- Unerlässlich sind eine verbesserte Verzahnung und Koordination der Initiativen durch permanent tätige Vermittler der AU und der UNO sowie die stärkere Einbeziehung der Arabischen Liga.
- Vermittlung erfordert glaubwürdigen politischen Druck auf Rebellenführer, Regierungsmitglieder und Militärs. In diesem Zusammenhang plädiere ich in Übereinstimmung mit Kräften der sudanesischen Opposition für ein vorläufiges Aussetzen weiterer Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofes gegen al-Baschir.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

- Dies ist nach Art. 16 der Römischen Statuten zulässig und politisch geboten, wenn sich al-Baschir in Richtung Friedensprozess bewegt.
- Parallel zu den Friedensgesprächen muss unter Beteiligung lokaler Kräfte ein Entwicklungsplan für den gesamten Sudan erarbeitet werden, um die sozioökonomischen Konfliktursachen zu überwinden.

Meine Damen und Herren, Betätigungsfelder für ein aktives und wirksames friedenspolitisches Engagement im Sudan gibt es genug. Die Beteiligung an UNAMID gehört nicht dazu.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dokumentation, 15.8.2008

Gemeinsamer Bericht der MdB Hüseyin Aydin und Paul Schäfer zur Reise in den Sudan

Vom 11. bis 15. August führten Paul Schäfer und Hüseyin Aydin eine Informationsreise in den Sudan durch, um sich in Gesprächen mit PolitikerInnen, ExpertInnen und MitarbeiterInnen der UNO und NGOs vor Ort über die politische und sicherheitspolitische Lage im Land zu informieren. Im Folgenden sind die Ergebnisse der Reise kurz zusammengefasst.

Der ausführliche Reisebericht ist über den folgenden LINK zugänglich:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7798010162.pdf>

Die Reise in die Provinzen Darfurs, wo Informationsgespräche mit PolitikerInnen, UNAMID-MitarbeiterInnen, Hilfsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Gruppen vor Ort eingeplant waren, konnte aus Sicherheitsgründen nicht durchgeführt werden. Stattdessen informierten sich die Abgeordneten in Khartum mit diversen GesprächspartnerInnen ausführlich über die Lage in Darfur sowie über den Stand des Friedensprozesses zwischen Nord- und Südsudan nach der Abyei-Krise im Mai. Ein weiterer Gegenstand der Gespräche waren die erwarteten Auswirkungen des vom Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs beantragten Haftbefehls gegen Staatschef al Baschir auf die Konflikte und auf die innenpolitische Situation im Vorfeld der für nächstes Jahr geplanten Wahlen.

Zudem reisten Hüseyin Aydin und Paul Schäfer in die Provinz Kassala im Osten des Landes, wo von der internationalen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, vor zwei Jahren ein Konflikt zwischen Regierung und örtlichen Rebellengruppen beigelegt und ein fragiler Friedensprozess ins Leben gerufen wurde.

Die Gespräche bestätigten weitgehend die Kritik der LINKEN an der UNAMID-Mission in Darfur; vor allem an der ihr fehlenden politischen Grundlage. Zur Mission UNMIS fällt das Urteil differenzierter aus, da die Mission trotz großer Probleme einen Beitrag zur Sicherung der Umsetzung des Nord-Süd-Friedensabkommens leistet. Gleichwohl bedarf es zur Lösung der andauernden Konflikte – u.a. über die Grenzziehung in der Abyei-Region, die Verteilung der Öleinkünfte und die Frage der politischen Zukunft des Südsudan (Autonomie oder Sezession) – verstärkter *politischer* Vermittlungsinitiativen internationaler und regionaler Akteure. Auf sich gestellt wird UNMIS keine friedliche Lösung des Konflikts und keinen Verbleib des Südens in einem demokratischen Sudan gewährleisten können.

Die innenpolitische Lage im Sudan scheint vor dem Hintergrund der für 2009 geplanten Wahlen sowohl innerhalb der jeweils dominierenden Fraktionen – der NCP im Norden, der SPLM im Süden – wie auch in der Opposition in Bewegung gekommen zu sein. Sie bleibt indes unübersichtlich, so dass noch nicht abzusehen ist, ob es zu innenpolitischen, demokratischen Fortschritten kommt. Für DIE LINKE von Interesse ist, ob es der Kommunistischen Partei Sudans gelingt, sich nach Jahren der Unterdrückung und Marginalisierung organisatorisch und inhaltlich neu zu formieren und mit anderen linken und fortschrittlichen Kräften im Sudan politische Alternativen aufzuzeigen.

Die übereinstimmende Aussage unserer GesprächspartnerInnen, dass Schritte zur Demokratisierung eng mit der Beilegung des Darfur-Konflikts verknüpft sind, unterstreicht jedoch die Forderung der LINKEN, der Unterstützung ziviler, friedenspolitischer Initiativen auf allen Ebenen – lokal, national, regional – absolute Priorität einzuräumen.

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179
Fax: 030 227 – 76 179
heike.haensel@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Dr. Birgit Bock-Luna
Dr. Alexander King
Christine Scherzinger
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen:
Heike Hänsel MdB
Am Lustnauer Tor 4
72074 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiter/in:
Traudel Horn-Metzger
Frederico Elwing
heike.haensel@wk.bundestag.de

Regionalbüro Freiburg:
Heike Hänsel, MdB
Bürogemeinschaft Freiburger Linke
Greiffeneggring 2
79098 Freiburg

Telefon: 0761 – 45 10 292

Mitarbeiter/in:
Dr. Susanne Hartmann
Dr. Peer Villwock
freiburg@heike-haensel.de

Homepage: www.heike-haensel.de

Entwicklungspolitische Referentin der Fraktion DIE LINKE: Annette Groth

Telefon: 030 – 227 52 802
Email: annette.groth@linksfraktion.de

Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491
Fax: 030 – 227 76 491
hueseyin.aydin@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Björn Aust
Ruben Eberlein
Kim Weidenberg

Wahlkreisbüro in Duisburg:
Hüseyin-Kenan Aydin MdB
Mülheimer Str. 57
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiter/innen:
Martina Ammann-Hilberath
Ali Güler
Werner Wirtgen
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

Homepage: www.hueseyin-aydin.de